

Uns ist ein Kindlein geboren

Zu: „Unmenschliche Praktiken im Kreißsaal“, FR-Magazin vom 16. Dezember

Kostendruck und Personalmangel

Auf obigen Beitrag habe ich lange gewartet. Er war längst überfällig. Wenn ich mir heute in den Kliniken im Main-Taunus-Kreis und rund um Frankfurt die modernen und liebevoll gestalteten Geburtsstationen anschau, dann überfällt mich im Nachhinein noch Zorn, Empörung und Trauer über die Verhältnisse, die in früheren Jahren geherrscht haben. Zum Beispiel damals im Markus-Krankenhaus. Über das dortige autoritäre Verhalten von gehetzten Hebammen und gestressten Schwestern, ihre verbalen Entgleisungen, die ich persönlich erlebt habe: „Nun stellen Sie sich mal nicht so an“, „Pressen, pressen! Mal ein bisschen dalli-dalli, ich will heute noch heim“ und andere Sprüche mehr.

Auch das im FR-Artikel beschriebene stundenlange Vollbad im immer kälter werdenden Wasser kenne ich nur zu gut. Auch die schrecklichen Medikamente, die eine Geburt beschleunigen sollten, wurden mir gegeben, mit dem lapidaren Hinweis, dass dann die Wehen schneller kommen (aber natürlich umso heftiger!) und man als Schwester endlich auch einmal Feierabend machen könne.

Der patriarchalen Form der Medizin, wie sie in dem Text zum Ausdruck kommt, mit einer klaren Machtkonstellation, kann ich ohne Wenn und Aber

beipflichten. Kostendruck und Personalmangel waren in der Vergangenheit und sind auch in der Gegenwart die ausschlaggebenden Gründe für manche skandalösen Zustände und demütigende Gewalt an schwangeren Frauen.

Denn leider scheinen laut FR Artikel „unmenschliche Praktiken im Kreißsaal“ auch heute noch im Klinikalltag vorzukommen, doch zum Glück hoffentlich nur noch recht selten, weil sich die gesamte Geburtsphilosophie verändert hat und in der Praxis inzwischen tiefgreifende positive Reformen zum Wohle von Mutter und Kind stattgefunden haben.

Christa Rosenberger, Sulzbach

Mutter und Kind gerecht werden

Ich fasse es nicht, was Frau Nickel berichtet. Meine drei Kinder habe ich 1974, 1977 und 1985 geboren (in/bei Köln und in Frankfurt). Gerade in den 1980er Jahren gab es – zumindest in Köln – geradezu ein euphorisches Bestreben von Krankenhäusern, Geburtshäusern, Hebammen usw., die Geburten so natürlich und kind-, mütter- und familiengerecht zu gestalten. Und das soll alles vergebens gewesen sein!? Ja, der Weltenlauf scheint vielfach rückwärts zu gehen. Da muss dringend was getan werden!

Marlies Hanfland-Hilt, Frankfurt

Hoffnung keimt auf

Zu: „Fernweh kontra Quarantäne“, FR-Region vom 22. Dezember

Dieses Weihnachtsfest wird ein anderes sein:

Kein Kirchengang, kein Weihnachtsmarkt, viele allein.

Familien können sich spärlich nur treffen.

Von ferne grüßen Cousinsen und Neffen.

Begegnungen finden im Internet statt.

Bloß gut, wer Computer und Smartphone hat.

Theater und Kinos geschlossen und leer,

Hotels auch und Kneipen, sie haben es schwer.

Gesichter maskiert und verängstigt der Blick.

Wir wünschen uns Zweitausendneunzehn zurück.

Die Frage: wie lange, weshalb und warum? –

Sie geht immer wieder erneut in uns um.

Doch hilft es, wenn du nicht in Trübsal verfallst,

nicht einknickst, dich klar solidarisch verhältst,

dich einbringst, voll motiviert als Helfer bereitstehst, das funktioniert.

Dieses Weihnachtsfest wird ein anderes sein.

Doch Hoffnung keimt auf, denn du bist nicht allein.

Zurückhaltung üben ist vorderste Pflicht.

Wir können es schaffen: Verzagen wir nicht!

Martin Schallert, Schöffengrund

Privat, doch nicht gesund

Höchst: „Streit über Klinikapotheke“, FR-Region vom 11. Dezember

Direkte und unverzügliche Hilfe

Privatisierungen von Kliniken oder Klinikbereichen schaden der Gesundheit. Private Betreiber fokussieren oft auf gewinnbringende Behandlungen, sparen häufig an der Hygiene, entlohnen das Personal schlecht und überlassen weniger lukrative Krankheiten gerne öffentlichen Krankenhäusern.

Nun soll die Apotheke des Höchster Klinikums privatisiert werden. In Absprache zwischen Ärzt*innen und Apothekenfachkräften kann derzeit in Höchst eine Medikation für Patient*innen direkt und unverzüglich erfolgen. Die Klinikapotheke bearbeitet u. a. Arzneimittel zur Krebstherapie, die von der Pharmaindustrie nicht erhältlich sind, damit die Patient*innen schnellstmöglich und optimal behandelt werden können. Will der Magistrat das aufs Spiel setzen?

Inge Fichter, Frankfurt

Vorrang für optimale Versorgung der Patienten

Die Covid-19-Pandemie zeigt uns die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems. Die Behandlung kranker Menschen und auch die Vorbeugung und damit das Vorhalten von Medikamenten, Schutzkleidung und Medizintechnik ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die mit Privatisierung nicht vereinbar ist.

Betriebswirtschaftliche Aspekte und Renditeerwartungen dürfen Behandlung und Versorgung Erkrankter in einem Krankenhaus in keiner Weise bestimmen.

Die Auslagerung der Apotheke würde zu inakzeptablen Belastungen für viele Patient*innen, insbesondere für Schwerkranke, führen. Die unmittelbare und schnelle Zusammenarbeit zwischen den Apothekenfachkräften einerseits und den Ärzt*innen und Pflegekräften andererseits würde erschwert.

Mit der Privatisierung der Apotheke verletzt der Magistrat außerdem die Selbstverpflichtung zur Tariftreue. Weitere Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen durch die Privatisierung sind vorhersehbar. Die betriebliche Interessenvertretung wird zerlegt. Die Behauptung des grünen Gesundheitsdezernenten Majer, die Apotheke würde bei einer Fortführung Defizite einfahren, ist eine unbelegte Behauptung, und selbst wenn sie zuträfe: Der optimalen Versorgung der Patient*innen ist absoluten Vorrang einzuräumen.

Es ist zu hoffen, dass die drohende Privatisierung noch verhindert werden kann und stattdessen der Fusionsvertrag zwischen dem Klinikum Höchst und den beiden Krankenhäusern Bad Soden und Hofheim auch hinsichtlich einer gemeinsamen Klinikapotheke für alle Standorte in Höchst umgesetzt wird. Bernhard Altert, Frankfurt

MU_FRDLES02_4c - B_164440

